



**quergedacht**  
in Baden-Württemberg



## Leitbild oder Leitkultur?

Vielfalt und Gemeinsamkeit in der Einwanderungsgesellschaft



**FRIEDRICH  
EBERT**  
**STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg

## Inhalt

<b>Leitbild statt Leitkultur!</b>	<b>2</b>
<b>Tisch 1: Religion als Faktor – Islam als Faktor?</b>	<b>4</b>
<b>Tisch 2: Hürden interkulturellen Verstehens überwinden!</b>	<b>6</b>
<b>Tisch 3: Einwanderungsdemokratie als Leitbild?</b>	<b>8</b>
<b>Tisch 4: Nach „Köln“: Feindbild muslimischer Mann?</b>	<b>9</b>
<b>Abschlussdiskussion</b>	<b>12</b>
<b>Kommentare zu den Ergebnissen</b>	<b>14</b>
<b>Stimmen der Teilnehmer_innen</b>	<b>15</b>

### Impressum

Leitbild oder Leitkultur?  
Vielfalt und Gemeinsamkeit in der  
Einwanderungsgesellschaft.  
Quergedacht in Baden-Württemberg

**Herausgeber:** Friedrich-Ebert-  
Stiftung/Fritz-Erler-Forum,  
Anja Dargatz (v. i. S. d. P.)

**Texte und Interviews:** Dr. Sabine  
Fandrych, Türkan Karakurt, Anab Awale,  
Silke Roth, Amélie Wurl, Sarah Hepp

**Fotos:** Sascha Holler,  
Julian Kretschmann

**Redaktion:** Sarah Hepp,  
Anja Dargatz, Ulrike Schnellbach

**Layout:** Ute Vogt  
Kommunikationsdesign

**Druck:** Sattig & Hipp GmbH

Stuttgart, Januar 2017

## Editorial



### Quer gedacht

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen gleichzeitig auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Elend und Armut. Viele von ihnen suchen Schutz und Zukunftsperspektiven in Europa. Gerade Deutschland, ein wohlhabendes Land mit einer florierenden Wirtschaft, einem gut funktionierenden Sozialsystem und in dem vor allem Frieden herrscht, ist Ziel Tausender. Eine große Hilfsbereitschaft und viel

Engagement von Bürger\_innen prägte die Stimmung der letzten Monate. Auf der anderen Seite sind wir aber auch mit Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und gewalttätigen Demonstrationen gegen vermeintliche Überfremdung konfrontiert.

Wie können Orientierungsverlust, Ausgrenzungserfahrung und Überfremdungsangst überwunden werden? Wie kann das neue „Wir“ aussehen? Können wir Narrative finden, die Deutschland als Land der Vielfalt „neu“ oder „wiedererzählen“? Darum ging es in der hier dokumentierten Veranstaltung des Fritz-Erler-Forums Mitte Juli 2016 in Heidelberg, in der Expert\_innen und Bürger\_innen gemeinsam Thesen zu Vielfalt und Gemeinsamkeit in der Einwanderungsgesellschaft entwickelt und darüber diskutiert haben, wie der gesellschaftliche Wandel gestaltet werden kann.

Sarah Hepp,  
*Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg*

## Leitbild statt Leitkultur!

Dr. Sabine Fandrych über die Notwendigkeit eines Leitbildes

### Deutsche „Leitkultur“ – Die Rückkehr einer Debatte

Deutschland wird sich in den nächsten Jahren weiter verändern, denn es werden weiterhin viele Bewohner\_innen hinzukommen. Die spannende Frage ist nicht, ob sich unser Land verändert, sondern in welche Richtung. Wie wollen wir zusammenleben? Darüber brauchen wir eine offensive Debatte.

Seit der Ankunft vieler Geflüchteter nach Deutschland ist wieder die Rede von der „Leitkultur“. Ursprünglich hatte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz die Leitkultur-Debatte im Oktober 2000 ausgelöst, indem er forderte zu definieren, was wir unter „unserer Kultur“ verstehen. Schon zu Beginn des neuen Jahrtausends gab es tief sitzende Ängste vor Überfremdung durch weitere Zuwanderung. Vor diesem Hintergrund

forderten auch andere Politiker\_innen der Unionsparteien, Zuwander\_innen sollten die deutsche Kultur als „Leitkultur“ anerkennen und sich in sie einfügen. Andernfalls solle ihnen der Zugang nach Deutschland versperrt bleiben.

Der Vorstellung einer scheinbar kulturell homogenen Gesellschaft steht in Realität und Verfassungsnorm der kulturelle Pluralismus entgegen. Auch jetzt berufen sich immer häufiger Menschen auf Werte, Identität und Kultur – auch um eine Unterscheidung zu treffen zwischen „uns“ und den „Anderen“: Werte des Abendlandes, der Herkunft, der Demokratie, der christlichen Kultur, der „Leitkultur.“ Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Welche Werte meinen wir, wenn wir von „unseren Werten“ sprechen?
- Wie verändert die Zuwanderung unsere politische Kultur?



„Der Vorstellung einer scheinbar kulturell homogenen Gesellschaft steht in Realität und Verfassungsnorm der kulturelle Pluralismus entgegen.“

- Wie viel Gemeinsamkeit brauchen wir und wie viel Vielfalt wollen wir in unserer Einwanderungsgesellschaft?
- Wie können wir die Hürden interkulturellen Verstehens überwinden?
- Wie gehen wir mit gesellschaftlichem Wandel um?
- Wie gehen wir um mit unserer Angst vor dem Verlust der eigenen Identität?

### Stimmen für ein Leitbild

Die Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. Naika Foroutan, Direktorin des Berliner Instituts für Integrations- und Migrationsforschung (BIM), fordert: „Wir brauchen ein Leitbild statt einer Leitkultur“. Die Diskussion über ein „Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft“ wurde im Januar 2015 im Rat für Migration (RfM) angeregt und vielfach begrüßt.

Die Staatsministerin für Migrations- und Integrationsfragen, Aydan Özoğuz (SPD), griff die Idee zur Einrichtung einer Enquete-Kommission „Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe“ auf. Bundespräsident Joachim Gauck hat als ein nationales Narrativ die „Einheit der Verschiedenen“

als Ziel benannt und in einer Rede im April 2015 von „Einheit in Vielfalt“ gesprochen.

### Gute Gründe für ein Leitbild

Die wesentlichen Argumente von Naika Foroutan für ein Leitbild lauten:

- Deutschland befindet sich in einer Transformationsphase hin zu einer Einwanderungsgesellschaft.
- Der Begriff „Leitbild“ verdeutlicht, dass es sich um einen politischen Wegweiser handelt, der sich an der Zukunft orientiert. Dagegen weist „Leitkultur“ fast immer in die Vergangenheit.
- Der Prozess zu einem Leitbild verlangt nicht ausschließlich Anpassungsleistungen der Migrant\_innen, sondern auch die Einbeziehung jener Menschen, die sich vom „neuen Deutschland“ überfordert fühlen.
- In einer Gesellschaft, in der jedes dritte Kind Migrationsbezüge hat, wird Herkunft als identitätsstiftendes Kriterium immer schwammiger. Es geht also weniger um ein kulturelles, sondern um ein politisches Leitbild.

Dies alles setzt ein Bekenntnis zum Einwanderungsland voraus. Fundament eines Leitbildes kann das Grundgesetz sein. Gleichzeitig müssen Toleranz und gegenseitige Anerkennung herrschen. Denn Integration erfordert gleichberechtigte Teilhabe, die mit gemeinsamen Anstrengungen, fairen Chancen und klaren Regeln verbunden ist.

Zentrale Frage ist: Welches Leitbild, welche Werte brauchen wir, um auch in Zukunft in einer demokratischen Gesellschaft ohne Stigmatisierung und Abwertung zusammenleben zu können?

### Zur Person

*Dr. Sabine Fandrych war seit 2010 Leiterin des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung. 2016 übernahm sie die Abteilungsleitung der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.*

## Tisch 1: Religion als Faktor – Islam als Faktor?



### Zur Person

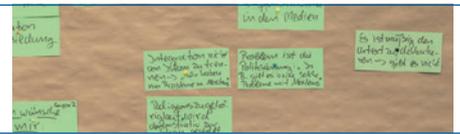
*Dr. Lale Akgün war von 2002 – 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretende Europa- und Migrationspolitische Sprecherin und Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion. Sie ist promovierte Psychologin.*

### Input Dr. Lale Akgün

Laut Umfragen schätzen die Bundesbürger\_innen den Anteil der muslimischen Bevölkerung in Deutschland auf 30 Prozent. Tatsächlich leben aktuell 4,5 bis 5,5 Millionen Muslim\_innen im Land (je nachdem, ob man die etwa eine Million Geflüchteter mitzählt oder nicht). Das entspricht einem Anteil von etwa sechs Prozent. Davon sind 15 Prozent organisiert, und zwar in den vier großen Islamverbänden DITIB, Islamrat (Millî Görüş), Zentralrat der Muslime und Verband der islamischen Kulturzentren. Der am häufigsten genannte, aber kleinste Verband ist der Zentralrat der Muslime. Bei Umfragen innerhalb der muslimischen Bevölkerung geben 30 Prozent an, dass sie nicht beten. Bei dem Thema „Integration und Islam“ geht man vom Bild eines ultra-orthodoxen Muslim aus. Daraus folgt, dass man alles Muslimische als fremd sieht und eine Politik des „Gegensteuerns“ betreibt.

### Zwei Thesen:

1. Eine Politik der Extreme ist nicht sinnvoll, weder die paternalistische („Islamkritik ist falsch“) noch die rechtspopulistische („Islam als Feindbild“). Es braucht eine Möglichkeit, den Islam zu kritisieren, ohne „Islamkritiker“ genannt zu werden.
  2. Die Integrationspolitik muss von der Religionspolitik getrennt werden. Man kann keine Religion integrieren, man redet ja auch nicht von der Integration des Buddhismus. Man muss also Brücken bauen, damit Muslime ihren Islam in den gesellschaftlichen Alltag in Deutschland integrieren können. Ein Weg könnte sein, nach österreichischem Vorbild keine Finanzierung der Moscheegemeinden aus dem Ausland zu gestatten, keine Imame aus dem Ausland zuzulassen und eventuell eine Moscheesteuer analog der Kirchensteuer einzuführen.
- Fazit: Wir brauchen eine angstfreie Diskussion über den Islam.



## Fragen und Gedanken aus der Diskussion:

- Wie soll man Integrationspolitik von Religionspolitik trennen, wenn der Islam das Problem ist? Wenn eine Frau ein Kopftuch trägt, dann zeigt sie, dass sie dem Islam angehört, und positioniert sich. Dadurch wird Diskriminierung möglich. Wenn sie kein Kopftuch trägt, sieht auch keiner, dass sie Muslima ist.
- Wo hört Islam auf und wo beginnt Politik? Wann redet man von der Religion Islam und wann vom politischen Islam?
- Die Zentralisierung der Integration auf eine Religion bringt Probleme, da Religion ja beinhaltet, dass sie die einzig gültige Wahrheit ist.
- Was ist mit den Aleviten? Sie sind auch Muslime, aber westlich orientiert.
- Wenn der Islam verfassungswidrig ist, dann ist das Christentum es auch.
- Der Islamunterricht in den Schulen muss forciert werden.

- Kirche und Staat sollten komplett getrennt und die Kirchensteuer abgeschafft werden. Religion ist Privatsache und hat in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Islamunterricht flächendeckend einzuführen ist falsch. Ethikunterricht ist sinnvoller.
- Solange es den katholischen und evangelischen Religionsunterricht gibt, besteht auch die Berechtigung für einen Islamunterricht. Es sollte stattdessen einen gemeinsamen Ethik-Unterricht geben, der verbindet und nicht spaltet. Leitbild sollten das Grundgesetz und die Menschenrechte sein.
- Die Diskussion sollte sich mehr darum drehen, was integrierend ist, und nicht darum, was trennt.

## Kommentar Lale Akgün:

Der Staat hat keine Religion, der Staat muss das Leitbild setzen. Beispiel Mehr-ehen und Scheidung: Im Islam sind Mehr-ehen erlaubt, in der katholischen Kirche sind Scheidungen nicht erlaubt. Aber

rechtlich ist Polygamie verboten und Scheidung erlaubt. Somit setzt der Staat die Leitlinien für die Gesellschaft und das gemeinsame Handeln.

Abschlussrunde mit Wünschen der Teilnehmenden:

## Ich wünsche mir...

- ... das Verbot der Vollverschleierung, da ich den Menschen in die Augen schauen möchte und keine Angst haben will.
- ... , dass die Politik den Islamunterricht und die Imam-Ausbildung fördert, damit keine Finanzierung aus dem Ausland stattfindet.
- ... keine Angst zu haben – leben und leben lassen.
- ... , dass die Debatte nicht beim Kopftuch aufhört beziehungsweise nur am Kopftuch festgemacht wird.
- ... , dass wir endlich akzeptieren, dass wir ein Einwanderungsland sind.
- ... , dass wir die Lebenskontexte der Menschen im Blick behalten.



„Bei dem Thema ‚Integration und Islam‘ geht man vom Bild eines ultra-orthodoxen Muslim aus. Daraus folgt, dass man alles Muslimische als fremd sieht und eine Politik des ‚Gegensteuerns‘ betreibt.“

## Tisch 2: Hürden interkulturellen Verstehens überwinden!



„Menschen mit Ängsten dürfen nicht direkt in die rechte Ecke gestellt werden. Vielmehr muss versucht werden, deren Gründe für bestimmte Einstellungen herauszufinden und Verständnis dafür zu entwickeln.“

### Zur Person

*Dr. Lars Castellucci ist seit 2013 Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 277, Rhein-Neckar. Er ist unter anderem Mitglied im Innen- und Europaausschuss sowie Sprecher der AG Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2013 ist er Professor für Nachhaltiges Management, insbesondere Integrations- und Diversity Management an der Hochschule der Wirtschaft für Management (HdWM) in Mannheim. Davor studierte er Politik, Mittlere und Neuere Geschichte und Öffentliches Recht in Heidelberg, Mannheim und San Francisco und promovierte an der Technischen Universität Darmstadt.*

### Input Dr. Lars Castellucci

#### Drei Thesen:

#### 1. Ein gemeinsames Leitbild entwickeln

Ein Leitbild soll eine positive Idee von der Zukunft geben. Es muss in einem demokratischen Prozess entstehen, der viel Energie erfordert. Die Bildung einer Enquete-Kommission für Demokratie und Vielfalt kann einen solchen Prozess unterstützen und wäre daher wünschenswert.

#### 2. Plattformen schaffen

Neue Plattformen können die Begegnung und den Dialog zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Migrant\_innen fördern. Menschen mit Ängsten dürfen nicht direkt in die rechte Ecke gestellt werden. Vielmehr muss versucht werden, deren Gründe für bestimmte Einstellungen herauszufinden und Verständnis dafür zu entwickeln.

Die Politik könnte mit Förderprogrammen die Bildung neuer Plattformen erleichtern.

#### 3. Gemeinsame Werte formulieren

Damit wir gut miteinander leben können, müssen wir Werte formulieren und diese für alle transparent machen. Als Vorbild gilt hierbei die Wiener Charta von 2012 über die Regeln des Zusammenlebens in der österreichischen Hauptstadt, die in einem demokratischen Prozess entwickelt wurde. In einem solchen Prozess gilt es, ein positives Bild der Zukunft zu zeichnen, das die Hürden des Zusammenlebens erkennt, jedoch die Vielfalt auch als Bereicherung wahrnimmt.

#### Zusammenfassung der Diskussion:

Gemeinsamer Standpunkt in beiden Runden des World Cafés war, dass Dialog in der Bevölkerung Voraussetzung dafür sei,



die Hürden interkulturellen Verstehens zu überwinden. Dieser Dialog zwischen Mehrheitsgesellschaft und Migrant\_innen einerseits und zwischen verschiedenen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft andererseits müsse gefördert werden. Hierfür eigneten sich verschiedene Plattformen. Uneinigkeit herrschte darin, ob bereits genügend Plattformen existieren oder ob weiterer Bedarf besteht.

Bei den bestehenden Plattformen wurden Mängel benannt: So besuche immer dasselbe Publikum Veranstaltungen zu bestimmten politischen Themen oder engagiere sich ehrenamtlich. Häufig seien junge Menschen und Personen mittleren Alters kaum vertreten, während vor allem Rentner\_innen engagiert seien. Wie kann ein breiteres Publikum erreicht werden? Lars Castellucci empfahl, Veranstaltungen mit Partnern durchzuführen. Solche Kooperationen förderten zudem den Dialog zwischen den Veranstalter\_innen und verknüpfe diese miteinander.

Interesse am Dialog könne auch dadurch gestärkt werden, dass die teils sehr exklusiven Diskurse sprachlich vereinfacht würden. Komplexe Inhalte könnten besser vermittelt werden, wenn konkret benannt würde, welche Auswirkungen sie auf den Alltag haben. Denn Alltagsthemen seien für eine breite Schicht der Bevölkerung greifbarer, wodurch die Bereitschaft für Engagement erhöht werden könne. Die Hürden für Engagement im Flüchtlingsbereich könnten am besten überwunden werden, wenn jeder über seine Bedürfnisse und Interessensgebiete einen eigenen Zugang zur Thematik findet. Emotionen könnten hierbei die treibenden Kräfte sein und würden Menschen einander näher bringen. So könnten gemeinsame Aktivitäten wie Joggen oder Kochen das gegenseitige Verständnis fördern. Wichtig seien deshalb nicht nur „Rede-Plattformen“, sondern auch „Tun-Plattformen“.

Schwierigkeiten wurden in der Koordination der Plattformen gesehen. Es bestehe ein hartnäckiges Beharrungsvermögen, und Vereine und Organisationen weigerten sich oftmals, sich abzusprechen, was die Kooperation erschwere. Als Gegenbeispiel wurde die Asyl-Thematik angeführt, bei der die Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Platt-



formen gut funktioniere. In der Flüchtlingshilfe versammelten sich viele unterschiedliche Menschen, da die Thematik viele bewege. Es gebe allerdings auch Konkurrenzkämpfe der Helferkreise untereinander.

In der Flüchtlingshilfe gelte es, sich selbst zurückzunehmen und nicht von oben herab zu agieren. Oberste Priorität habe ein Diskurs auf Augenhöhe.

#### Fazit:

Lars Castellucci erklärte in seiner Schlussbemerkung, dass das Thema Flüchtlinge Deutschland polarisiert habe. Er mache sich mehr Sorgen um den Zusammenhalt des Landes als um die Integration von Migrant\_innen. Um einer Spaltung der Gesellschaft vorzubeugen, müsse man sich mit den Sorgen und Ängsten eines Teils der Bevölkerung auseinandersetzen. Hilfreich sei es dabei, positive Erfahrungen mit Flüchtlingen und Migrant\_innen herauszustellen. Das Bundesland Sachsen habe beispielsweise wenig Übung im Umgang mit Bevölkerungsgruppen aus anderen Kulturkreisen. Das Fehlen dieser interkulturellen Sensibilität müsse berücksichtigt werden, wenn über Pegida und ihre Ableger geurteilt werde. Letztendlich brauche Integration viel Zeit und Geduld.

Die Hürden für Engagement im Flüchtlingsbereich könnten am besten überwunden werden, wenn jeder über seine Bedürfnisse und Interessensgebiete einen eigenen Zugang zur Thematik findet.

## Tisch 3: Einwanderungsdemokratie als Leitbild?



„Ein neuer Gesellschaftsvertrag kann zustande kommen, wenn alle Demokratie anerkennen. Das impliziert Freiheit und Gleichheit.“

### Zur Person

*Dr. Sybille de la Rosa ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Michael Haus an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Sie hat an der Freien Universität Berlin (FU) zu interkultureller Kommunikation promoviert und ist DFG-Forschungsstipendiatin am Centre for Applied Philosophy, Politics and Ethics der Universität Brighton, wo sie an ihrer Habilitation über die Rolle sozialer Bewegungen für demokratische Ordnungen arbeitet.*

### Input Dr. Sybille de la Rosa

Was bedeutet Demokratie für uns heute? Wie soll eine Einwanderungsdemokratie aussehen? Wie wollen wir zusammen leben? Wenn verschiedene Kulturen und Religionen aufeinander treffen: Wie schaffen wir es, diese anzuerkennen und friedlich in unserer Demokratie zusammenzuleben?

Demokratie ist nicht nur das Recht zu wählen, sondern beinhaltet die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität, wobei der Schwerpunkt auf Freiheit und Gleichheit gelegt wird. Leben wir noch in einer Demokratie? Demokratie bedeutet die Bereitschaft, Sachverhalte auszuhandeln, neu zu denken und zu reformieren.

These: Eine neue Demokratie muss Leitbilder entwickeln und die Menschen besser integrieren.

Wenn in einer Demokratie Freiheit und Gleichheit als Grundlage dienen, was hindert uns daran, andere als frei und gleich anzuerkennen? In einer heterogenen Ge-

sellschaft treffen immer wieder Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen aufeinander. Dadurch kommt es immer wieder zu Missverständnissen und falschen Deutungen von Handlungen. Um dem zu entgehen, braucht es Kommunikation.

These: Wir brauchen neue Interaktionspraktiken, um zu verstehen, wer und wie die anderen sind.

Wie müssen wir miteinander reden, um andere als frei und gleich anzuerkennen?

These: Ein neuer Gesellschaftsvertrag kann zustande kommen, wenn alle Demokratie anerkennen. Das impliziert Freiheit und Gleichheit.

### Zusammenfassung der Diskussion:

In der Diskussion ging es um Demokratie als Prozess, der immer wieder reflektiert, erneuert und anerkannt werden muss. Der Umbruch der Gesellschaft bietet Raum, um



das soziale Zusammenleben neu zu gestalten. Diese Aussage untermauerte eine Teilnehmerin mit einem Zitat des US-Philosophen John Dewey: „Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden und Bildung ist ihre Hebamme.“

In der Gesellschaft gibt es verschiedene Interessensgruppen, darunter junge Menschen, Familien, Rentner\_innen, Geflüchtete und Migrant\_innen. Sie stellen meist eine Minderheit dar. In einer Demokratie entscheidet die Mehrheit, deshalb braucht es Minderheitenschutz und Interessensvertretung, und die Mehrheit muss die Auswirkungen ihrer Entscheidungen kennen.

De la Rosa empfiehlt Protest: Dieser muss nicht immer auf die Straße getragen

werden, sondern kann sich auch in kleinen Gruppen äußern. Dieser Protest sehe in jeder Generation anders aus und kann deshalb zu Missverständnissen führen.

Einige Teilnehmer\_innen klagten über eine politikverdrossene Jugend, die durch die Schnellebigkeit der Medien kaum zu erreichen sei. De la Rosa sieht hingegen durchaus eine Bereitschaft zu Demokratie in der Jugend, nur dass diese eben anders gestaltet sei. Jede Generation müsse ihre eigene Art finden, sich mit Demokratie auseinanderzusetzen. Nicht nur zwischen den Generationen könne das Demokratieverständnis variieren, sondern auch zwischen Kulturen. Demokratie bestehe aus einem öffentlichen Verständnis des Zusammenlebens, das in Bildungsinstitu-

tionen wie Schulen vermittelt werden müsse.

Eine diverse und moderne Gesellschaft bringe komplexe Sachverhalte mit sich, die von Politiker\_innen und Bürger\_innen nicht mehr erfasst werden können. Nicht bei jeder Entscheidung sind die Konsequenzen erkennbar. De la Rosa riet, Entscheidungen zu treffen und die Ungewissheit der Folgen zu akzeptieren. Denn eine Demokratie dürfe nicht stillstehen, sondern sei ein stetiger Prozess.

Zuletzt kam die Frage nach Solidarität auf. De la Rosa verwies auf die Menschenrechte: Wenn wir diese anerkennen, müssen wir zugleich eine humanitäre Verpflichtung akzeptieren.

## Tisch 4: Nach „Köln“: Feindbild muslimischer Mann?

### Input Dr. Thomas Gesterkamp:

#### 1. „Köln“ als Chiffre

Die Übergriffe in der Kölner Silvesternacht sind zu einer vielerorts verwendeten Chiffre geworden. Sie markiert das angebliche Ende der „Willkommenskultur“ und fordert einen „realistischen“ Blick auf Zuwanderung. Zum stimmigen Feindbild entwickelte sich in diesem Kontext der „muslimische Mann“ – vor allem wenn er aus Nordafrika stammt.

#### 2. Generalverdacht

Schon vor „Köln“ stellte die rechtspopulistische Hetze männliche Flüchtlinge unter Generalverdacht. Auf keiner Pegida-Demonstration und bei keinem Talkshow-Auftritt der Alternative für Deutschland (AfD) fehlte der Hinweis, 70 Prozent der Neuankömmlinge seien junge Männer. Gelangweilt und voller Hormone, so das Klischee, würden sie vor den Wohnheimen herumlungern, vorbeilaufende Frauen belästigen oder gar vergewaltigen. „Fliehen ist männlich“, titelte das Magazin Focus und warnte vor einer „gefährlichen Spezies“. Nach „Köln“ nutzten manche Leitmedien

eine rassistische Bildsprache: etwa schwarze Hände, die ein sexualisiertes Angreifen weißer Frauenkörper symbolisierten.

#### 3. Sexualneid

Im Internet pöbelten Kommentatoren weit vor „Köln“ gegen „nordafrikanische Verbrecher, die aus den Gefängnissen nach Europa verschifft werden“. Sie warnten vor Verhältnissen, bei denen sich Frauen „ihre blonden Haare schwarz färben müssen, um einer Vergewaltigung zu entgehen“. Jürgen Manke, Leiter eines Gymnasiums und Vorsitzender des Philologenverbandes in Sachsen-Anhalt, kritisierte im Herbst 2015 in der Mitgliederzeitung seiner Organisation die „Immigranteninvasion“ – und forderte Aufklärung, damit sich junge Mädchen nicht „auf ein oberflächliches Abenteuer mit sicher oft attraktiven muslimischen Männern einlassen“. Diese Kombination aus Rassismus und Sexualneid hat Tradition: Auch den Juden wurden einst besondere erotische Fähigkeiten und gefährliche Verführungskünste angedichtet.

#### 4. Instrumentalisierung

Vor allem Rechtspopulistinnen greifen die (berechtigte) Debatte über sexualisierte Gewalt auf und instrumentalisieren sie für

ihre Zwecke. Sie geben vor, „weiße“ Frauen (ohne Migrationshintergrund) vor „arabisch aussehenden“ oder gar „schwarzen“ Männern schützen zu wollen – und berufen sich dabei auf eine „christlich geprägte Kultur, in der es Frauen am besten geht“: So formulierte es die erzkonservative Autorin Gabriele Kuby im Oktober 2015 in Stuttgart auf einer Demonstration gegen die Bildungspläne zur angeblichen „Zwangssexualisierung“ in Baden-Württemberg.

#### 5. Perfider Aufschrei

„Frauen als Freiwild?“ So betitelte die selbsternannte „Christin und Feministin“ Birgit Kelle ihr Bedrohungsszenario im Focus. Sie lege „den Finger in die Wunde, nämlich den täglich wachsenden Überschuss tatendurstiger Männer im besten Alter, aber ohne Paarungschancen bei den deutschen Frauen“. Im christlichen Abendland gelte der Grundsatz „Frauen und Kinder zuerst“ – bei den Flüchtlingen dagegen die Maxime „Junge Männer zuerst“. Für diejenigen, die im Umgang mit dem weiblichen Geschlecht angeblich andere Regeln aufstellen wollen, hat sie ein einfaches Rezept parat: Abschiebung. „Wer es nicht erträgt, dass wir verkehren,



## Zur Person

*Dr. Thomas Gesterkamp ist promovierter Politikwissenschaftler, Journalist und Autor mehrerer Bücher zu geschlechterpolitischen Themen, unter anderem „Die Krise der Kerle“ (2007) und „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere“ (2010). In der Reihe WISO-Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung erschien seine Recherche „Geschlechterkampf von rechts – Wie sich Männerrechtler und Familienfundamentalisten gegen das Feindbild Feminismus radikalieren“: [www.thomasgesterkamp.de](http://www.thomasgesterkamp.de)*

mit wem wir wollen, sollte bei uns nicht einwandern dürfen“, fordert Kelle. Ihren Beitrag kündigte sie als „Aufschrei“ an – und kaperte dafür auch noch den Hashtag. Unter #Aufschrei sammelte die feministische Bloggerin Anne Wizorek Erfahrungen mit sexueller Belästigung. Perfide bedient sich die Rechtspopulistin Kelle also einer linken Idee, macht aber zugleich mit Schlagworten wie „Gender Gaga“ Stimmung gegen erwerbstätige Mütter und Gleichstellungspolitik. Allzu weit soll die Emanzipation im Abendland dann doch nicht gehen.

## 6. Maskulinität

Männliche Rechtspopulisten nehmen eine andere Rolle ein. So beklagt der AfD-Hardliner Björn Höcke die fehlende „Maskulinität“ deutscher Männer. Diese hätten, so andere Kommentare im Netz, einfach nicht mehr „die Eier“, ihre Partnerinnen vor den Übergriffen durch „Fremde“ zu verteidigen. Auch dieses Argumentationsmuster steht in einer höchst problematischen Kontinuität: In der Weimarer Republik arbeitete sich die deutsche Rechte an der libertären Atmosphäre etwa des Berliner Nachtlebens ab. Bald danach kämpften deutsche Männer „hart wie Kruppstahl“ für deutsche Frauen und Kinder.

## 7. Fragwürdige Allianzen

Rechtspopulistinnen tun so, als seien sie Feministinnen; umgekehrt argumentieren manche Feministinnen rechtspopulistisch,

vor allem im Umfeld der Zeitschrift Emma. „Deutsche Frauen machen sich Sorgen“, schrieb das Blatt schon Monate vor „Köln“ – und behauptete (ohne Belege), sexuelle Übergriffe seien in Unterkünften an der Tagesordnung: „Die Gleichberechtigung ist in Gefahr, weil jetzt Hunderttausende meist junge Männer in unser Land strömen“, behauptete Herausgeberin Alice Schwarzer. Die Redaktion riskierte fragwürdige Allianzen. „Uns gefällt nicht, dass es Pegida gefällt – das macht aber nicht falsch, was wir fordern“, postete Emma trotzig auf Twitter. Und auf Facebook: „Jedem denkenden Menschen müsste eigentlich klar sein, dass wir eine gänzlich andere Haltung vertreten als rechte Hetzer.“ Einige Punkte, die Emma in einem Forderungskatalog benannte, sind sinnvoll – zum Beispiel, weibliche Flüchtlinge möglichst separat unterzubringen, ihnen zumindest eigene Toiletten und Waschräume zur Verfügung zu stellen. „Nulltoleranz für frauenfeindliche Flüchtlinge!“ klingt allerdings eher nach Pegida. Der böse muslimische Mann: Reflexhaft schwimmt Emma, sobald es um den Islam geht, ohne Berührungängste im rechten Fahrwasser.

## 8. Das Problem nicht klein reden

Sexuelle Übergriffe sind nicht zu dulden, weder von Flüchtlingen noch von Deutschen. „Silvester 2015“ war, ohne konkrete Vorfälle rechtfertigen zu wollen, auch ein kulturelles Missverständnis, Ausdruck fehlender Erfahrung, wie hierzulande „gefeiert“ wird. Dringend notwendig sind deshalb geschlechtsreflektive Ansätze in der pädagogischen Arbeit mit jungen Männern aus Einwanderungsfamilien – und Gespräche mit den Eltern von minderjährigen Jugendlichen über Werte und Leitbilder.

## Zusammenfassung der Diskussion:

Die erste Diskussion drehte sich primär um die Konfliktpotenziale zwischen dem „muslimischen Mann“ und dem „westlichen Kulturkreis“. Es werde eine klare Trennlinie zwischen der muslimischen und westlichen Kultur gezogen. Diese erschwere eine neutrale Begegnung der Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen.



Problematisch sei zudem eine verzerrte gegenseitige Wahrnehmung, die Begegnungen behindere. Es existiere ein klischeehaftes Bild, das durch Medien wie Emma, Politiker\_innen, Rechtspopulist\_innen und Feminist\_innen verstärkt werde. Hohes Konfliktpotential liege in der kodierten Kommunikation. Wir sprächen in verschiedenen Codes miteinander.

Weitere Hemmschwellen für eine gelungene Begegnung seien Sexualneid und Selbstentlastung deutscher Männer. Diese instrumentalisierten die Ereignisse der Kölner Silvesternacht, um jegliche Schuld von sich zu weisen.

Umso interessanter ist es, sich den unterschiedlichen Frauenbildern zuzuwenden. So sei dieses im arabisch-muslimischen Kulturkreis ein „primitives“. Hingegen vermittelten europäische Frauen nach Beobachtungen einer teilnehmenden Sexualtherapeutin ein „Flittchenbild“. Mädchen legten sich einfach so zu „Kumpeln“ ins Bett. Man könne jedoch keine sexuellen Phantasien der Männer kontrol-

lieren. Leicht bekleidete Touristinnen in islamisch-konservativen Ländern vermittelten den Menschen dort den Eindruck, sie seien „leichte Beute“. Die Politik lasse außer Acht, dass die einzige Möglichkeit, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, eine Heirat mit einer deutschen Frau sei. Aufenthaltsgenehmigung durch Heirat sei die höchste Motivation, eine deutsche Frau „anzumachen“.

Lösungsvorschläge aus der Gruppe betrafen primär die Verbesserung der Bildung und Aufklärung der muslimischen Männer, um Verhaltenskodizes (vor allem im Umgang mit Frauen) zu vermitteln. Nur so könne man sich aufeinander einlassen. Jede\_r könne hierzu einen Beitrag leisten. Zudem sollten Frauenrechte gestärkt werden, auch in Europa.

In der zweiten Diskussion wurden Aspekte des öffentlichen Lebens beleuchtet und gefragt, wie man im Hinblick auf kulturelle Unterschiede zwischen Menschen des muslimischen und westlichen Kulturkreises damit umgehen kann. Probleme

gebe es vor allem in der Pflege, etwa bei pflegerischen Tätigkeiten an muslimischen Frauen und Männern. Frauen wollten von Frauen, Männer von Männern gepflegt werden. Das müsse man akzeptieren, doch dafür brauche es mehr männliche Pflegekräfte.

Um das Thema Schulbildung gab es eine heftige Debatte zur Koedukation. Können wir bestimmte Themen geschlechtsspezifisch trennen? Die Befürworter meinten, man müsse etwa beim Sportunterricht nach Geschlechtern trennen. So vermeide man etwa die Debatte um den Burkini. Die Gegner fanden, man müsse das westliche Selbstverständnis der Gleichberechtigung hochhalten. Dem stehe getrennter Schulunterricht entgegen.

Lösungsvorschläge für den Bildungssektor forderten die Entwicklung innovativer pädagogischer Konzepte, die Einbeziehung der Eltern bei der Aufklärung sowie eine bessere Beratung muslimischer Männer.

## Abschlussdiskussion

Unter der Moderation von Türkan Karakurt, Fritz-Erler-Forum, trugen die Teilnehmer\_innen und die Inputgeber\_innen die Ergebnisse aus den Diskussionsrunden an den Tischen zusammen und diskutierten über folgende Fragen: Wie wollen wir gemeinsam in unserer Einwanderungsgesellschaft leben? Braucht es ein „Leitbild“ oder eine „Leitkultur“ und welche Elemente sind dafür essenziell?



### Zusammenfassung der Diskussionsrunden an den Tischen:

Dreh- und Angelpunkt der gesamten Veranstaltung war das Thema Islam. Zum einen ist ein Großteil der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge islamischen Glaubens. Zum anderen wird gerade das Zusammenleben mit Menschen aus dem islamischen Kulturkreis sowie deren Integration in der Mehrheitsbevölkerung als

besonders problematisch wahrgenommen. Mit dem Islam wird oftmals das „Fremde“ assoziiert und es erfolgt eine Gegenüberstellung von „Wir“ und „die Anderen“. In der Diskussion wurde überlegt, was dazu beigetragen werden kann, die Angst vor dem Islam zu nehmen.



### Vorschläge aus dem Publikum:

- Es müsse eine neue Übersetzung des Korans geben; diese könne Missverständnisse ausräumen, die oft aufgrund falscher Übersetzungen entstünden. Der Islam sei eine tolerante Religion.
- Der Islam habe großen Reformbedarf. Ein Reformprozess sei zwar bereits im Gang, benötige jedoch noch viel Zeit und Energie und vor allem politische Unterstützung. Insbesondere gelte es, die Kontrolle über und den Einfluss auf islamische Vereine „von außen“ zu verringern, also von Verbänden der Heimatländer.
- Gemeinsam müssten wir ein Leitbild als Zukunftsvision entwickeln und dafür einen demokratischen Prozess anstoßen, der die Teilhabe aller erfordere. Wichtigster Baustein dieses Leitbildes sei das Grundgesetz.
- Integration könne nicht einseitiges Fördern sein, sondern müsse als ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen verstanden werden, wofür Akzeptanz und Toleranz Voraussetzung seien.



Mit dem Islam wird oftmals das „Fremde“ assoziiert und es erfolgt eine Gegenüberstellung von „Wir“ und „die Anderen“. In der Diskussion wurde überlegt, was dazu beigetragen werden kann, die Angst vor dem Islam zu nehmen.

## Anmerkungen der Referent\_innen:

- **Dr. Lale Akgün** sagte, sie habe keine Zweifel daran, dass es innerhalb der deutschen Gesellschaft eine Grundtoleranz gebe. Viel größere Probleme sehe sie in der Einhaltung ungeschriebener Gesetze, die ebenso zum deutschen Leitbild gehörten. Insbesondere sehe sie die „Gleichheit aller“ in Gefahr, die teilweise gegenläufig zu den Vorstellungen der Menschen seien, die aus dem islamischen Kulturkreis stammen.

Sie forderte, Migrant\_innen als Teil unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Die Ethnie spiele nur eine sekundäre Rolle, zuallererst müsse sich jede\_r als deutsche\_r Bürger\_in verstehen. Dazu gehöre es, seine Pflichten im Rahmen des Gesellschaftsvertrages einzuhalten.

- **Dr. Sybille De La Rosa** stellte die Unterschiede zwischen den Begriffen „Leitkultur“ und „Leitbild“ heraus. „Leitkultur“ setze eine homogene Kultur der Mehrheitsgesellschaft

voraus und impliziere ein asymmetrisches Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu den Migrant\_innen.

Ein „Leitbild“ sei dagegen eine Zukunftsvision, die von allen im Land wohnenden Personen gemeinsam entwickelt werden könne. Es handle sich dabei also um einen demokratischen Prozess, der die Teilhabe aller und die Diskussion auf Augenhöhe erfordere. Im Umgang mit Flüchtlingen sei bereits Dialog sichtbar. Dieser könne weiterentwickelt werden, indem jeder in seinem direkten Umfeld anknüpfen und einen kreativen Prozess starten würde. Ein gleichberechtigter Umgang sei elementar für unsere Demokratie.

- **Dr. Lars Castellucci** vermisst beim Begriff „Integration“ wie auch im Umgang der Bevölkerung untereinander die Begegnung auf Augenhöhe. Ängste in der Gesellschaft seien legitim und müssten ernst genommen werden. Gemeinsame Aktionen wie Kochen, Musizieren oder Laufen würden dabei helfen, diese Ängste abzubauen. Castellucci äußerte

Zweifel daran, dass es ein klares Werteverständnis innerhalb Deutschlands gebe. Die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge habe einen Denkprozess ausgelöst. Nun müssten die Bürger\_innen darüber nachdenken, was ihnen wichtig ist. Nicht einfach sei dabei, dass die zugewanderten Muslim\_innen oftmals sehr religiös und überzeugt von ihrer Religion seien, was in der Bevölkerung wiederum Angst auslöse.

- **Dr. Thomas Gesterkamp** empfahl, bei der Bildung anzusetzen und dafür neue Konzepte zu entwickeln. Gerade in der Geschlechterbeziehung herrsche in der Gesellschaft ein klares Leitbild, das an Schulen konsequent verfolgt werden könne. Werte wie die Gleichheit von Mann und Frau seien auch in einer pluralen Gesellschaft in Deutschland nicht verhandelbar.

## Kommentare zu den Ergebnissen

Dr. Havva Engin:

### Wir brauchen einen Perspektivwechsel in der Debatte: Wie schaffen wir ein gemeinsames Leitbild, eine gemeinsame Zukunft?

Es geht nicht um „Wir sind so“ und „Die anderen sind anders“. Es geht um die Fragen: Was ist uns wichtig? Welche Traditionen hat diese Gesellschaft und welche Werte halten sie zusammen?

Eine Reihe von Errungenschaften wie die Gleichheit der Geschlechter, Schutz des religiösen Bekenntnisses und die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen wurden nach Jahrzehnten des politischen Kampfes durchgesetzt. Daher dürfen sie durch Neu-Zuwanderer nicht zur Disposition gestellt werden. Beispielsweise gilt dies für folgende Aspekte:

**1. Koedukative Erziehung:** Jungen und Mädchen lernen gemeinsam in der Schule und Mädchen sind voll in der Schule integriert. Schülerinnen dürfen nicht, nur weil es Elternwille ist, vom Sportunterricht und von Ausflügen ferngehalten werden. Wir dürfen und müssen Einwanderer\_innen daran erinnern, dass sie auf der Suche nach einem besseren Leben und besseren Zukunftschancen für ihre Kinder aus ihren



Heimatländern zu uns gekommen sind. Dazu gehört eben auch, dass sie ihren Kindern die volle Teilhabe an Bildung und Ausbildung ermöglichen müssen. Wenn sie dazu nicht bereit sind, müssen wir ihnen sagen: Dann werden sie hier nicht glücklich werden, dann haben sie hier keine Zukunft.

**2. Gewaltfreie Erziehung:** Viele Geflüchtete kommen aus Gesellschaften mit einer strikten autoritären Erziehung, wo körperliche Züchtigung als Erziehungs- und Disziplinierungsmittel eingesetzt wird. Im deutschen Bildungs- und Erziehungsver-

### Zur Person

*Dr. Havva Engin ist Professorin für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwerpunkt Interkulturelle Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Dort leitet sie das Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik (Hei-MaT).*

ständnis haben wir diese Haltung glücklicherweise seit Längerem überwunden und müssen daher klar Position beziehen, dass Gewalt als Erziehungsmittel nicht zu legitimieren ist.

**3. Gleichwertigkeit der Religionen:** Die deutsche Gesellschaft ist eine sprachlich, kulturell und religiös plurale Gesellschaft, wo die Gleichwertigkeit des religiösen Bekenntnisses ein hohes Gut ist. Diskriminierung und Ausgrenzung Andersgläubiger – auch unter den Geflüchteten – darf nicht ignoriert und toleriert werden.

Dr. Lale Akgün:

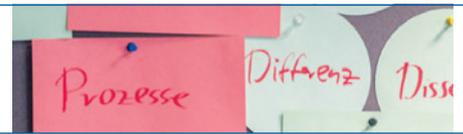
### Was müssen Einwanderer\_innen für eine Einheit in Vielfalt tun, für ein gutes Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland?

Sie müssen endlich hier ankommen. Das heißt, dass sich die Migrant\_innen als Bürger\_innen begreifen, dass sie sich bewusst machen, dass sie Verantwortung primär für die Zukunft dieses Landes tragen – und nicht mehr für die ihres Herkunftslandes. Sie müssen in ihre Zukunft blicken, die hier liegt, und nicht in die Vergangenheit. Dafür müssen wir aufhören, sie wie Kinder zu behandeln. Wir dürfen und müssen sie auffordern, die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung mitzutragen.

Wir müssen den Islam domestizieren und Religionsimporte aus Ländern verhin-

dern, die ein Interesse daran haben, dass die Migrant\_innen an ihren Heimatländern orientiert bleiben. Sonst bleibt der Vorwurf, sie seien deren Fünfte Kolonne in Europa.

Ganz wichtig ist dabei: Der Staat muss angstfreie Räume schaffen, in denen auch kritisch über den Islam diskutiert werden darf, auch über die Reform des Islam und das Verhältnis von Staat und Religion. Wenn wir das nicht schaffen und hier nachgeben – was wird dann aus unserer Meinungs- und Religionsfreiheit?



# Stimmen der Teilnehmer\_innen

**Worauf basiert unser Demokratieverständnis? Müssen wir unseren Demokratiebegriff modifizieren?**



„Es gibt in der Demokratie Rechte und Pflichten, die auf unserem Grundgesetz basieren. Ich denke, es muss in Zukunft geschaut werden, wie wir unser demokratisches Land mit seinen sich verändernden Bevölkerungs- und Altersstrukturen an die neuen Herausforderungen und Rahmenbedingungen anpassen. Wir müssen daran arbeiten, denn Demokratie ist ja kein fixer Begriff, sondern ein Prozess.“

*Antonia Scheib-Berten, Referentin für Gleichstellungsfragen an der Medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg*



**Braucht man in Deutschland einen flächendeckenden Islamunterricht oder braucht man eher einen flächendeckenden Ethikunterricht?**

„Ich persönlich habe sehr viel für ein Modell übrig, das wohl in Hamburg gelebt wird. Dort haben alle Religionsgemeinschaften einen gemeinsamen Religionsunterricht. Das ist interreligiös, was dazu führt, dass die Muslime von den Christen oder mit den Christen lernen und umgekehrt. Also bekommen alle von den jeweiligen Hintergründen etwas mit. Voneinander zu wissen bedeutet sicherlich, dass man eher Brücken beschreiten, aufeinander zugehen und dann auch miteinander auskommen kann. Weil das die Chance birgt, Gemeinsamkeiten zu finden.“

*Ute Niepenberg, Pädagogische Assistentin an einer Grundschule*

**Meinen Sie, wir steuern in Deutschland auf Verhältnisse zu, in denen Frauen sich gegen Sexismus im öffentlichen Raum zur Wehr setzen müssen?**



„Ich würde jetzt mal pauschal sagen: nicht mehr und nicht weniger als vorher. Mir sind schon früher Männer begegnet, denen ich auf die Finger klopfen musste.“

*Doris Prinzl-Wimmer, Kommunikationstrainerin*



„Ja, ich glaube, das ist tatsächlich so: Die Frauen müssen sich zur Wehr setzen. Denn die Verhältnisse in Köln, in Stuttgart, in Nürnberg, die in der Silvesternacht stattgefunden haben, können sich jederzeit wiederholen.“

*Heinz Kränzlein, Pensionär, Diplom-Mathematiker*

**Gibt es Konzepte? Und welche Konzepte sind erforderlich für Leitbilder, die die Vielfalt einer Einwanderungsgesellschaft berücksichtigen?**

„Mit Sicherheit gibt es Konzepte, die gewisse Mindestkriterien definieren können für ein Leitbild, über die sich die Menschen einig werden. Dazu gehört mit Sicherheit demokratische Teilhabe, dazu gehört ein Justizwesen, das jedem Menschen Rechte garantiert, dazu gehört ein demokratischer Prozess, der eine Regierung erst mehrheitsfähig macht. Alles was darüber hinausgeht, was die Themen Kultur oder Gemeinsamkeit angeht, wird schon schwierig. Und ich glaube, hierfür einen Konsens zu schaffen, erfordert sehr viel Anstrengung, sehr viel Dialogbereitschaft von denjenigen, die überhaupt am



Konsens interessiert sind. Es ist auf jeden Fall ein sehr anstrengender Prozess.“

*Christian Rückold, Student*

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg

Werastraße 24  
70182 Stuttgart

Telefon: 0049 711 248394-40

Telefax: 0049 711 248394-50

info.stuttgart@fes.de

[www.fes.de/de/fritz-erler-forum/](http://www.fes.de/de/fritz-erler-forum/)